

- FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK -
KREISTAGSFRAKTION

Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises

am 7. Dezember 2022 in Aglasterhausen

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler

durch Thomas Ludwig

zu TOP 7

**„Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Neckar-Odenwald-Kreises
für das Haushaltsjahr 2023“**

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, m.s.v.D.u.H.,

bereits die Aufstellung der Haushaltspläne 2021 und 2022 stand unter dem Eindruck schwerer Krisen: damals waren die Corona-Pandemie, die nicht zuletzt hierdurch hervorgerufene Lieferkettenproblematik und der Klimawandel gemeint.

Alle drei Themen sind auch heute noch aktuell, aber sie verblassen unter dem Eindruck des von Putins Russland grundlos angezettelten Ukrainekriegs und seinen Folgen.

Was nicht mehr vorstellbar war, ist eingetreten: Krieg in Europa. Auch wenn sich die kriegerischen Auseinandersetzungen bislang lediglich auf dem Territorium eines Landes abspielen, so trifft der Begriff „Krieg in Europa“ doch zu, weil Wladimir Putin weit über die Ukraine hinaus ganz erhebliche Expansionspläne hegt und auch die sonstigen Auswirkungen des Konflikts den ganzen Kontinent betreffen, Stichworte: Flüchtlinge und Energieknappheit sowie, u.a. von letzterer ausgelöst, eine galoppierende Inflation und, im Gesamtpaket inbegriffen, stark steigende Zinsen.

Und damit wären wir schon unmittelbar beim Kreishaushalt angelangt, denn das sind vier wesentliche Faktoren, die das 2023er-Zahlenwerk prägen. Die Aufstellung von Haushaltsplänen ist in diesen Tagen von großen Unsicherheiten geprägt. Da kann man noch so sorgfältig planen: am Ende könnte und wird es in vielen Punkten nur die richtige Aufaddierung falscher Zahlen gewesen sein. Doch andererseits kann auch nicht jeder einzelne Haushaltsansatz mit der Absicherung durch Reißverschluss, Gürtel und Hosenträger ermittelt werden, denn dann käme ein exorbitant hoher Kreisumlagebesatz heraus, der die Kommunen vollends erdrosseln würde.

Vielmehr trifft es sich in dieser Situation gut, dass der Neckar-Odenwald-Kreis seine Finanzen in der letzten Dekade Zug und Zug konsolidiert hat. Eine hohe Ergebnisrücklage und der damit einhergehende Bestand an liquiden Eigenmitteln im Umfang von mehr als 34 Mio. €, aber auch der deutliche Schuldenabbau und die ebenfalls aus eigener Kraft geschaffte Konsolidierung der Klinikfinanzen machen ein negatives ordentliches Ergebnis im Ergebnishaushalt i.H.v. knapp 2,1 Mio. € vertretbar.

Doch wie immer lohnt sich der Blick auf die Details, sprich: die einzelnen Teilhaushalte, und da fällt zuerst auf, dass der Nettoressourcenbedarf des Teilhaushalts 5 Jugend und Soziales auf bislang ungekannte Höhen anschwillt. Der 2023er-Negativsaldo von 72,04 Mio. € bedeutet alleine gegenüber dem laufenden Jahr eine Erhöhung um über 9 % und im Vergleich zum letzten Rechnungsabschluss vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie, also 2019, ist es sogar ein Anstieg um 31,5 %.

Man fragt sich, wo das noch hinführen soll. Immer mehr Leistungsversprechen des Bundes, aber auch des Landes, werden bei der kommunalen Familie abgeladen, die das alles umzusetzen und in nicht unerheblichem Maße zu bezahlen hat. So lange die Steuerquellen sprudeln, mag das funktionieren, aber schon bald wird der Einbruch kommen und außerdem hat unser Staat in den letzten drei Jahren unvorstellbare Schuldenberge angehäuft, die in nicht allzu ferner Zukunft abgebaut werden müssen.

Deutschland sollte sich endlich eingestehen, dass wir es mit dem Anspruchsdenken und der Vollkaskomentalität übertrieben haben. Jede und jeder fühlt sich heutzutage in irgendeiner Art und Weise benachteiligt und schreit nach dem Staat, anstatt dass wieder mehr Eigenverantwortung eingefordert und der Lebensstandard angesichts der aktuellen Krise vorübergehend etwas eingeschränkt wird.

Dabei geht es mir nicht um den wirklich armen Teil unserer Bevölkerung. Diesem soll und muss geholfen werden, aber diese Menschen gehören meistens nicht zu den lautstarken Jammerern. Nein, es artikulieren sich zumeist Angehörige der saturierten Mittelschicht, die alles haben, was sie zum Leben brauchen.

Und es muss befürchtet werden, dass sich an diesem Zustand zumindest bis zur nächsten Bundestagswahl im Jahre 2025 nichts ändern wird. Ursächlich hierfür ist die Zusammensetzung unserer Bundesregierung: in einer Ampel-Koalition möchten es die Akteure möglichst allen recht machen und niemandem auf die Füße treten. Deshalb werden die Wohltaten gleichermaßen in alle Richtungen verteilt, was aber zwangsläufig zu Fehlallokationen führt.

Viel besser wäre es, das Geld gezielt dort einzusetzen, wo es den größten Nutzen für das Allgemeinwohl bringt. Beispiel: 9 €- und 49 €-Ticket. Natürlich nutzen deswegen für einen begrenzten Zeitraum mehr Menschen den ÖPNV, aber die erhofften neuen Dauerkunden bleiben eben aus. Lediglich für den schon immer das öffentliche Verkehrsmittel nutzenden Personenkreis ist das Ganze attraktiv, weil sich die Monatsfahrkarte verbilligt. Im Ergebnis fehlt dieses Geld den Verkehrsbetrieben und den Verkehrsverbänden sowie hieraus resultierend dem Land und den Landkreisen in ihren Haushalten.

Auch deshalb muss der Verkehrsverbund Rhein-Neckar seine Ticketpreise zum 01.01.2023 um über 9 % anheben und völlig zu Recht sprach der Vorsitzende des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar und Erste Bürgermeister der Stadt Mannheim, Christian Specht, in einem Interview mit dem SWR am letzten Donnerstag davon, dass die Billigtickets die kommunalen Verkehrsunternehmen in ihrer Existenz bedrohen.

Jedenfalls darf tunlichst bezweifelt werden, dass hiermit unterm Strich wirklich mehr Menschen für den ÖPNV gewonnen werden. Nachhaltigkeit sieht anders aus, denn dieses Geld fehlt den Ländern jetzt für den weiteren Ausbau des SPNV, ja es ist sogar die Rede davon, dass bestehende Leistungen gestrichen werden müssen. Wirklich toll!

Besser wäre es gewesen, wenn man die Milliarden für das 9- und 49-€-Ticket in den Ausbau der Schieneninfrastruktur samt Stationen gesteckt hätte, denn damit hätte die Leistungsfähigkeit des Systems für die Aufnahme weiterer namhafter Anteile am Gesamtverkehrsaufkommen gestärkt werden können, was dann wirklich ein nachhaltiger Beitrag zur Verkehrswende gewesen wäre.

Und apropos Verkehrswende: es liegt auf der Hand, dass der Individualverkehr im Ländlichen Raum für die Abdeckung der Mobilitätsbedürfnisse unverzichtbar bleiben wird. Deshalb handeln die Verantwortlichen im Neckar-Odenwald-Kreis schon von jeher nach dem Motto: „*das eine tun, ohne das andere zu lassen*“. Für viele Verkehrsrelationen kann ganz einfach kein den Erfordernissen gerecht werdendes ÖPNV-Angebot geschaffen werden bzw. die großflächige Einführung von On-Demand-Verkehren wird noch längere Zeit auf sich warten lassen.

Aber auch der Linienbusverkehr ist auf gute Straßen angewiesen. Deshalb führt der Neckar-Odenwald-Kreis sein Kreisstraßenausbauprogramm im nächsten Jahr konsequent fort und wo es möglich, erforderlich und sinnvoll ist, werden dazu auch Radwege geschaffen.

Der Bund hält sein Straßennetz ebenfalls gut in Schuss, nur das Land fällt diesbezüglich mit seinen Landstraßen spürbar ab. Wohl hat der im Mai 2019 in Mosbach stattgefundene Verkehrsgipfel beim zuständigen Ministerium zu einer gewissen Aktivierung geführt, aber die gehört schon längst wieder der Vergangenheit an. Es wäre jedenfalls ratsam, wenn die Ermittlung des Zustandes der Landesstraßen nicht nur Sensorik- und KI-basiert durchgeführt werden würde, sondern wenn sich wieder mal Fachleute aus Fleisch und Blut persönlich vor Ort einen Eindruck verschaffen würden.

Dass das Verkehrsministerium jetzt aber auch schon Anträgen aus dem Neckar-Odenwald-Kreises für den Ausbau von Radwegen die kalte Schulter zeigt, stellt eine bisher nicht gekannte Erfahrung dar. Freilich sind die Vorschriften zu beachten, aber diese sind nicht gottgemacht, sondern wurden in den ministerialen Amtsstuben erdacht.

Dort müsste man also nur die Belange des Ländlichen Raumes endlich scheuklappenfrei in den Fokus nehmen und den hier erforderlichen Verkehrsmittelmix akzeptieren, aber ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, dass sich der persönliche Erfahrungsschatz der handelnden Personen nur noch aus den Rahmenbedingungen des urbanen Raumes speist. Was meine ich damit? Nun, z.B., dass die S-Bahnen im Ballungsraum Stuttgart ab dem Jahresfahrplan 2023 auch samstags bis 20.30 Uhr im 15-Minutentakt fahren. Gleichzeitig wird das Angebot zwischen Stuttgart und Heilbronn auch am Wochenende auf einen 30-Minutentakt verdichtet.

Und bei uns? Hier herrscht mittlerweile schon seit bald 20 Jahren Stillstand. Die S-Bahn verkehrt zwischen Mosbach und Osterburken auch weiterhin nur im Stundentakt, die dereinst von Verkehrsminister Hermann verkündete Mobilitätsgarantie musste vor wenigen Tagen ob der o.g. Finanzierungslücke einkassiert werden, womit der dauerhafte Regionalbahnbetrieb zwischen Osterburken und Lauda in weite Ferne gerückt ist, und der Lückenschluss zwischen Obergimpfern und Bad Rappenau gefährdet den Halbstundentakt zwischen Aglasterhausen und Neckarbischofsheim Nord.

Eine tolle Verkehrswende ist das. Deshalb richten die FREIEN WÄHLER heute erneut den eindringlichen Appell an das Land Baden-Württemberg, endlich auch den Ländlichen Raum wieder an den Segnungen der Angebotsverbesserungen teilhaben und nicht am langen Arm verhungern zu lassen.

Und zum Schluss dieses Teils meiner Rede noch ein Schmankerl aus dem Verkehrsministerium: „Kurzfristiger Personalausfall“ kann man in den Reisendeninformationssystemen oft als Grund für ausfallende Reisezüge lesen. Ein echtes Ärgernis ist das – z.B. im Berufs- und Schülerverkehr. Deshalb richtete Baden-Württemberg vor zwei Jahren einen Lokführerpool ein, womit die vielen Zugausfälle reduziert werden sollten. Ende dieses Jahres wird dieses Angebot aber schon wieder eingestellt, weil es nicht angenommen wurde.

Warum? Weil ein solcher Personalbedarf von den Eisenbahnverkehrsunternehmen sage und schreibe sieben(!) Wochen vorher anzumelden gewesen wäre. Aber wer weiß denn heute schon, dass seine Mitarbeiter in sieben Wochen krank sein oder streiken werden? Auch das ist wieder ein Beispiel für überbordende Bürokratie und wie wir uns in unserem Land selbst im Weg stehen.

Gerade in diesen unruhigen Zeiten spüren wir schmerzhaft, dass nichts mehr vorangeht in Deutschland. Dass es immer jemanden gibt, der dagegen ist und dass die Standards nicht mehr bezahlbar sind. Außerdem fehlt zusehends das Personal, welches den Berg an Vorschriften und die Vorbehalte der vielen Reichsbedenkenträger gegen alles, was nach Veränderung aussieht, abarbeiten könnte. Auch deshalb ist es richtig, dass jetzt endlich der Weg für eine bedarfsorientierte Einwanderung freigemacht wird, denn anders wird der Arbeitskräftemangel vor dem Hintergrund der bekannten demografischen Entwicklung nicht zu bewältigen sein.

Aber auch der Abbau von Standards muss das Ziel bleiben. Das Eingeständnis, dass die Umsetzung der Strom- und Energiepreisbremse auf einfachem Wege nicht möglich ist, stellt dabei nur die Spitze des Eisbergs dar.

Weil diese Entwicklung nun aber schon seit vielen Jahren anhält und eine Trendwende überhaupt nicht absehbar ist, haben die Kommunalen Landesverbände im Oktober zusammen mit vielen weiteren gesellschaftlich relevanten Organisationen unter dem Titel „*In großer Sorge um unser Land*“ einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten gerichtet und hierbei den schnellen Abbau bürokratischer Hürden und staatlicher Vorgaben gefordert.

Auch wir im Neckar-Odenwald-Kreis spüren deutlich, dass ein grundsätzlicher Reformprozess erforderlich ist, damit die Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit erhalten werden kann. Das heißt also, dass dringend eine Verschlinkung der Verfahrensabläufe her muss, aber wie schwer sich Baden-Württemberg hiermit trotz mehr als elf Jahren grün geführter Landesregierung tut, sieht man an den verzweifeltten Versuchen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen. „*Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los.*“, ist man geneigt, den Zauberlehrling von Goethe zu zitieren.

Auch hier gilt das oben Gesagte, dass wir in unserem Land dringend wieder mehr „*Wir*“ und weniger „*Ich*“ brauchen. Wer aber in einer repräsentativen Demokratie die basisdemokratischen Instrumente so ausbaut, wie das in Baden-Württemberg geschehen ist, braucht sich am Ende nicht zu wundern, wenn die vom Volk gewählten Hauptorgane geschwächt und selbst die sinnvollsten Vorhaben nicht mehr ihrer Realisierung zugeführt werden können.

Nun fand der Brandbrief „*In großer Sorge um unser Land*“ in den Medien große Zustimmung, aber die Reaktion in der Politik lässt sich leider nur mit der Formulierung „*Ihr habt recht, aber wir wollen nichts ändern*“ zusammenfassen.

Und es kommt noch schlimmer, denn am 22.11., also weniger als einen Monat nach dem Eingang des Brandbriefes, beschloss die Landesregierung z.B., zu wichtigen Gesetzesentwürfen beratende Bürgerforen einzuführen. Argument: damit werden die Demokratie und der Zusammenhalt im Land gestärkt. Also: es wird gerade so weitergemacht wie seit vielen Jahren. Wie viele zusätzliche Arbeitsplätze für diese Bürgerforen geschaffen werden müssen, stand übrigens nicht in der Pressemitteilung, aber es werden nicht nur dreieinhalb sein.

Ein sinnvoller Vorschlag zum Abbau von Bürokratie könnte vielleicht lauten, dass die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene für jedes neue Gesetz und für jeden neuen Standard, den sie einführen wollen, an anderer Stelle ebenso viele Vorschriften abschaffen müssen. Dann würde uns so manche „*Erfindung, die die Welt nicht braucht*“, erspart bleiben.

Doch bis es soweit ist, muss alleine der Haushalt des Neckar-Odenwald-Kreises im kommenden Jahr eine Stellenmehrung im Umfang von sage und schreibe 38,56 Vollzeitäquivalenten stemmen. Das gab es in dieser Größenordnung noch nie und verschärft den Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung weiter.

Dabei könnte man diesem Personalzuwachs sogar einen gewissen Charme abgewinnen, wenn es sich hierbei um Stellenausweisungen handeln würde, die das Ergebnis unserer kommunalpolitischen Willensbildung als Ausdruck der Kommunalen Selbstverwaltung hier im Kreistag wären. Doch dem ist nicht so. Vielmehr handelt sich um Bedarfe, die uns aus Aufgaben erwachsen, die uns der Staat zuweist, Beispiele: Asyl- und Ausländerwesen, Bundesteilhabegesetz, Gewerbeaufsicht samt Immissionsschutz und andere mehr – das Bürgergeld und die Wohngeldreform drohen schon ihr Kommen an.

Einen Gestaltungsspielraum gibt es also nicht. Überhaupt muss festgestellt werden, dass die Fremdbestimmung der Kommunalhaushalte in den letzten Jahren weiter erheblich zugenommen hat. Die Zahl der Ansätze, wo ein Kreistag oder Gemeinderat einen nennenswerten Gestaltungsspielraum hat, dürfte inzwischen im einstelligen Prozentbereich liegen.

Umso mehr freuen wir uns, für das nächste Jahr Mittel für das Kreisjubiläum bereitstellen zu dürfen, denn allen Schwierigkeiten zum Trotz hat sich der Neckar-Odenwald-Kreis in den 50 Jahren seines Bestehens außerordentlich bewährt. Wir sind gut aufgestellt und können mit unserer Finanzschwäche umgehen, oder anders ausgedrückt: wir schaffen mit weniger (Geld) mehr (Leistung), als dies die meisten anderen baden-württembergischen Landkreise tun.

Bei der Steuerkraft „*verteidigen*“ wir tapfer den letzten Platz, aber unsere Aufgaben erfüllen wir trotzdem vollumfänglich und dies bei einem zumeist unterdurchschnittlichen Kreisumlagehebesatz.

Diese Tatsachen sind nicht zuletzt das Resultat einer jahrzehntelangen vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Kreistag, den Landräten und der Kreisverwaltung, aber auch mit den Kommunen. Wir sitzen alle im selben Boot und haben mit den identischen Herausforderungen zu kämpfen, weshalb, letzter Punkt, auch die Bemessung des Kreisumlagehebesatzes eine Angelegenheit ist, die stets mit dem nötigen klaren Blick für die Belange der jeweils anderen Seite behandelt wird.

Nachdem der Hebesatz zuletzt mehrmals gesenkt werden konnte, ist nun eine Erhöhung um 0,75 Hebesatzpunkte vonnöten. Das ist für so manchen Gemeindehaushalt eine bittere Pille, wenn dort z.B. der Ergebnishaushalt schon seit Jahren nicht mehr ausgeglichen werden kann. Obgleich wir aus der Vergangenheit wissen, dass die Jahresabschlüsse des Kreises zumeist deutlich besser als der Plan ausfallen, hat diese Vorgehensweise aber gerade für das Jahr 2023 ihre Berechtigung, denn der Sozialhaushalt, aber auch z.B. der Ansatz für die Grunderwerbsteuer, enthalten gewisse unkalulierbare Risiken, was im Übrigen auch für den im Haushaltserlass des Landes genannten Kopfbeitrag gilt, denn die jüngsten Entlastungsgesetze sind noch gar nicht in die Steuerschätzung eingepreist.

Schlussendlich bedankt sich unsere Fraktion heute wieder recht herzlich für die engagierte Arbeit der Landkreisverwaltung. Im vergangenen Jahr sagte ich an dieser Stelle, dass es für die Bewältigung der Corona-Pandemie keine Blaupause gibt. Das gilt in diesem Jahr in einem noch größeren Ausmaß für die aktuelle weltpolitische Lage samt Energie- Flüchtlings- und Wirtschaftskrise.

Was den Haushalt im engeren Sinne angeht, danken wir vor allem wieder der Kämmerei mit Herrn Kreiskämmerer Schork an der Spitze, aber auch Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Brötel, für die ausführliche Vorstellung des Zahlenwerks samt Diskussion in unserer Fraktion.

Die FREIEN WÄHLER werden der Erhöhung des Hebesatzes der Kreisumlage auf 28,0 v.H. ebenso zustimmen wie den restlichen Ansätzen und Anlagen des Haushaltes 2023 und, im Vorgriff auf TOP 9, auch dem Wirtschaftsplan 2023 der DIGENO.

Herzlichen Dank für Ihre geduldige Aufmerksamkeit!